

-Freie Hansestadt Bremen Ortsamt Borgfeld	28357 Bremen, 30. Sept. 2009 Borgfelder Landstr. 21		
Legislaturperiode 2007-2011, Protokoll, lfd.-Nr. 30 Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Beirates			
Datum: 22.09.09	Beginn: 19.30 Uhr	Ende: 22.40 Uhr	Sitzungsort: Ernst-Klüver-Halle (Schützenhalle) Hamfhofsweg 4
Teilnehmer: Ortsamt: OAL Neumann-Mahlkau als Vorsitzender, Her Bauer, Schriftführer, Beirat: die Damen Clüver und Piontkowski, die Herren Behrens, Bramsiepe, Filser Ilgner, Dr. Linke, Schilling und Stief, Gäste: Herr Wessel, Leiter Polizeirevier Horn, Herr Öbelmann, KOP Borgfeld			
<ol style="list-style-type: none"> 1. Genehmigung der Tagesordnung 2. Genehmigung der Protokolle vom 16.06.2009 3. Wünsche und Anregungen der Bürger 4. Polizeireform (Festlegung der Revieröffnungszeiten) (Dazu: Herr Wessels, Leiter Polizeirevier Horn) 5. Verkehrsregelung während der Anschlussphase der Entlastungsstraße Lilienthal (Dazu: ein Vertreter des ASV). 6. Beirätegesetz: Stellungnahme 7. Diskussion über das LKW-Führungsnetz 8. Behandlung vorliegender Anträge: <ol style="list-style-type: none"> a) Fortführung von Verkehrsberuhigungsmaßnahmen Bgmst.-Kaisen-Allee b) Alter Kirchweg 9. Mitteilungen: <ol style="list-style-type: none"> a.) Sachstandsbericht Recyclinghof b) Planungsstand zur Bebauung "Am Großen Dinge" c) 775-Jahr-Feier Borgfeld 2010 d.) Beiratstour am 30.09.2009 a15.00 Uhr (Treffpunkt Ortsamt Borgfeld) 			

Herr **Neumann-Mahlkau** eröffnete die Sitzung um 19:30 Uhr und begrüßte die Erschienenen u.a. Herrn Wessel, als neuen Leiter des Pol.Rev. Horn sowie Herrn Öbelmann, als Kontaktpolizist Borgfeld.

TOP 1: Genehmigung der Tagesordnung

Herr Dr.Linke machte den Vorschlag, die Punkte 5 und 7 zuerst zu behandeln und danach den TOP 6.

Die Stellungnahme zum Beirätegesetz sollte als Antrag verschoben und in der nächsten Beiratsitzung behandelt werden.

Herr Ilgner bedankte sich bei Herrn Neumann-Mahlkau dafür, dass die Beiratssitzung auf Bitte der SPD-Fraktion doch durchgeführt wird, weil ja für die Abgabe von Anträgen eine Frist gesetzt wurde.

Er schlug vor, die Anträge unter Punkt 4 zu behandeln und nicht unter Punkt 8 zu behandeln bzw. zu verschieben.

Von der CDU-Fraktion kam der Vorschlag, die Anträge vorzutragen und nicht als einzelnen TOP zu behandeln.

Außerdem sollte vermieden werden, eine lange Diskussion bei der Behandlung der Anträge zu führen, weil noch wichtige Punkte zu behandeln wären.

Er schlug weiter vor, die Zusammenarbeit zwischen Beirat und Politik zu trennen und den TOP 6 nach hinten zu setzen.

Der geänderten Tagesordnung, die Behandlung der Punkte 5 und 7 zusammen zu fassen und als einen TOP zu behandeln, und danach über TOP 6 zu beraten, wurde im Verhältnis 4:4 abgestimmt.

TOP 2: Genehmigung der Protokolle vom 16.06.2009

Die Genehmigung des Protokoll über die Sitzung am 16.06.09 wurde auf die nächste Sitzung vertagt, weil es bei der Abstimmung über die vorliegenden Anträge von Bündnis90/Die Grünen unterschiedliche Auffassungen betreffend des Wortlautes im Protokoll gibt.

Geschrieben wurde: der Beirat hat beschlossen, die Anträge in der nächsten Sitzung zu behandeln. Bei dieser Aussage wurde nicht genau bestimmt, in welcher Sitzung, ob in einer Beirats- oder Ausschusssitzung die weitere Behandlung erfolgen sollte. Bis zur nächsten Beiratssitzung soll nun eine Einigung betreffend des Wortlautes geklärt werden. Frau Piontkowski wies dazu darauf hin, dass es sich dabei auch um eine Ausschusssitzung handeln könnte.

Über die Vertagung dieses TOP's in die nächste Beiratssitzung wurde im Verhältnis 4:3:2 abgestimmt.

TOP 3: Wünsche und Anregungen der Bürger

1. Herr **Grede**, Borgfelder Landstr. 42, fragte an, wann die in 2008 vom Beirat beantragte und vom ASV zugesagte Änderung der Einengung vor der Wümmebrücke kommen würde,
2. die Asphaltierung der Wümmebrücke durchgeführt werden könnte und
3. die letzten 100 m des Fußweges auch noch hergestellt werden.

Herr **Neumann-Mahlkau** erklärte, dass lt. Mitteilung des ASV die Umsetzung der Maßnahme noch erfolgen soll, allerdings sei ihm der Zeitpunkt nicht bekannt.

Für die Asphaltierung der Wümmebrücke stehen keine Gelder zur Verfügung und sind auch nicht im Konjunkturprogramm enthalten.

Dass der Fußweg repariert worden ist, haben wir dem Unterbezirk zu verdanken, der diese Maßnahme nur durchführen konnte, weil noch Material aus einer anderen Maßnahme übrig war. Wann die letzten 100 m noch hergerichtet werden können, kann noch nicht gesagt werden.

4. Herr **Hofranek**, Hamfhofsweg, fragte an, wie der weitere Ausbau am Hamfhofsweg vorgesehen ist.

Herr **Neumann-Mahlkau** berichtete, dass es Zurzeit keine weiteren Ausbaupläne gäbe.

5. Frau **Schmidt**, Albert-Bischof-Straße wies darauf hin, dass sie in letzter Zeit wiederholt einen landwirtschaftlichen Treckerfahrer und noch andere gesehen habe, der mit höherer Geschwindigkeit gefahren wären.

Beiratsmitglied **Behrens** erklärte, dass die Trecker auf max. 40 km eingestellt wären und auch nicht schneller fahren können. Allerdings wird die Geschwindigkeit auf Grund der Größe der Fahrzeuge und der Lautstärke als schneller angesehen bzw. so empfunden.

Herr **Blochberger**, Butlandskamp, erklärte, dass der Landwirt aus Bruchwettern sehr oft schneller fahren und dabei rücksichtslos andere Verkehrsteilnehmer gefährden würde.

Herr **Dr. Linke** wies darauf hin, dass andere Verkehrsteilnehmer auch schneller fahren würde, nur würde immer wieder dieser Landwirt als Buhmann hingestellt.

Herr **Neumann-Mahlkau** erklärte, dass er zusammen mit den beiden KOPS's den Landwirt zu einem Gespräch einladen werde.

TOP 4: Polizeireform (Festlegung der Revieröffnungszeiten)

Herr **Wessel** stellte sich zunächst als neuer Leiter des Pol. Reviers Horn vor. Durch seinen nahen Wohnsitz in Lilienthal kenne er den Bereich Borgfeld sehr gut, so dass ihm meisten Gefahrenpunkte bekannt sind.

Nach seiner Vorstellung und dem Hinweis seiner bisherigen Aufgabengebiete bei der Polizei sei er nun zum Leiter des Rev. Horn eingesetzt worden. Weil er bisher Aufgaben bei der Einsatzplanung der Schutzpolizei wahrgenommen hat, könnte es dazu kommen, dass er nach dort wieder zurückgehen wird.

Die Ausgangsposition aus dem Jahre 2005 begann mit der Umsetzung der Polizeireform. Erst vor kurzem wurde vom Innensenator angedeutet, dass bis zum Jahr 2011 die Personalstärke der Polizei durch Neueinstellungen erhöht werden soll. Die Organisation der Hauptaufgabenbereiche soll ebenso weiter entwickelt werden, wie z.B. Notruf und Soforteinsatz.

Zum neuesten Stand der Öffnungszeiten der Polizeireviere und der damit verbundenen Aufgabe der Anzeigenaufnahme im sogenannten Bürgerservice wies er darauf hin, dass die sieben Standorte der Polizeireviere, welche den 24-Stundendienst haben, nicht von einer Schließung betroffen sind. Dies sind u.a. Vahr, Mitte, östliche Vorstadt, Osterholz, Süd, West und Nord.

Vielmehr ginge es darum, dass an den anderen Revieren, u.a. auch Horn-Lehe, das Anzeigenaufkommen an Wochenenden (Öffnungszeiten waren Samstags von 9 – 16 Uhr) sehr gering war, so dass hier eine Änderung vorgesehen ist. Das Revier wird künftig dann nur noch Montags bis Freitags geöffnet sein. Außerdem ist es so, dass die Kollegen der Polizeiaußenposten Borgfeld und Oberneuland, wie bisher an einem Tag in der Woche im Bürgerservice beim Revier tätig sein werden.

Daher bat er die anwesenden Bürger bei Erfordernis die 110 anzuwählen. Das Revier Vahr wäre dann zuständig für die Anzeigenaufnahme und auch für die Anforderung eines Streifenwagens, wobei der Einsatz nach der Priorität durchgeführt werde. Weil das Revier Horn auch für beiden Bereiche Borgfeld und Oberneuland mit zuständig ist und Borgfeld die größte Fläche habe, möchte er versuchen, dass Horn wieder ein eigenes Fahrzeug bekommt.

Herr **Muschik** wies darauf hin, dass er bei einem selbst erlebten Unfall das Polizeifahrzeug erst nach 45 Minuten am Unfallort war.

Frau **Piontkowski** erklärte, dass wie soeben vorgetragen worden sei, die Einsatzpriorität maßgebend wäre.

Herr **Wessel** teilte zur Frage eines Revierjugendeinsatzdienstes mit, dass dieser personalpolitisch zwar gefordert wird, aber nicht umsetzbar ist, weil die Personalstärke dies zur Zeit nicht zulasse.

Frau **Piontkowski** erklärte, dass sie für die CDU-Fraktion einen Antrag formuliert habe, mit dem der Einsatz eines Streifenwagens für Horn und die Vorschläge des Innensenators unterstützt werden sollen mit dem Hintergrund, dass aber die Forderungen auch eingehalten werden.

Herr **Ilgner** wies darauf hin, dass durch die Polizeireform die Aufgaben der Polizei entschieden worden sind und schlug vor, den Antrag zunächst zurückzustellen und neu zu überarbeiten, um ihn dann erneut einzubringen. Diesem Vorschlag wurde einstimmig zugestimmt.

Herr **Dr. Linke** schlug vor, dass ein Aushang beim Ortsamt als Information der Bürger erfolgen sollte, auf dem die Reviere mit den Öffnungszeiten aufgeführt sind.

Herr **Neumann-Mahlkau** erklärte, dass er sich mit der Polizei in Verbindung setzen wird, um eine solche Information zu erhalten.

Herr **Wessel** wies noch darauf hin, dass Borgfeld mit einer 1 ½ Stelle besetzt ist, weil Herr Oebelmann zusätzlich auch für den Bereich Leher Feld zuständig ist.

TOP 5: Verkehrsregelung während der Anschlussphase der Entlastungsstraße Lilienthal

Herr **Neumann-Mahlkau** wies darauf hin, dass die Anbindung der Lilienthaler Entlastungsstraße nur insgesamt 14 Tage dauern und durch eine Ampelschaltung geregelt wird.

Für je 7 Tage wäre die jeweilige Baustellenregelung einseitig vorgesehen. Für diesen kurzen Zeitraum wurden vom ASV keine Maßnahmen ergriffen, um eine Verkehrsumleitung zu schaffen, weil mit keinem größeren Verkehrsaufkommen gerechnet wird.

Herr **Dr. Linke** rechnet damit, dass die Entlastungsstraße noch zum Ende diesen Jahres fertiggestellt sein wird.

Herr **Neumann-Mahlkau** wies darauf hin, dass die Anbindung von der Wümmebrücke bis Lilienthal im Frühjahr 2010 fertig sein wird. Erst wenn die Straßenbahn kommt, werde auch eine Verkehrsentslastung für Borgfeld erwartet.

TOP 6: Stellungnahme zum Beirätegesetz

Hierzu trug Frau **Piontkowski** vor, dass von den Beiräten noch Stellungnahmen abgegeben werden können, damit die Absicht, die Rechte der Beiräte zu stärken, noch einfließen können. Sie selbst findet sie es schade, dass u.a. beabsichtigt ist, den bisherigen Gesamtbeirat, der sich aus den Beiratsprechern zusammensetzte, aufgelöst werden soll. Eine Stärkung der Beiräte und damit auch der Ortspolitik, wie sie immer angesagt war, ist nicht erfolgt, deshalb sollte auch der Gesamtbeirat in seiner bisherigen Art bestehen bleiben. Auch sollen die Beiräte Haushaltsmittel erhalten, um Maßnahmen im in Ortsamtsbereich selbst durchführen zu können.

Herr **Ilgner** trug vor, dass der Borgfelder Beirat bereits eine Stellungnahme mit seinen Punkten abgegeben habe. Es sollte auch bedacht werden, dass politische Forderungen und Verfahrensregeln nicht im Beirätegesetz verankert werden sollten.

Frau **Piontkowski** erklärte, dass z.B. im § 24 der Erhalt der Beirätekonferenz festgeschrieben werden sollte, weil diese unbedingt bestehen bleiben müsste.

Herr **Dr. Linke** wies darauf hin, dass bis Ende Oktober die Stellungnahmen abgegeben werden sollten und schlug vor, dass sich nochmals alle Fraktionen zusammensetzen und eine gemeinsame Stellungnahme ausarbeiten. Nach der Senatsvorlage wäre z.B. auch die Bildung eines Koordinierungsausschusses möglich, in dem diese Vorlage überarbeitet werden könnte.

Herr **Neumann-Mahlkau** wies darauf hin, dass die Abgabe von Anträgen nicht mehr möglich wäre, sondern nur noch eine Stellungnahme abgegeben werden könnte.

Der Beirat beschloss danach einstimmig, den Antrag der CDU-Fraktion im Ausschuss II zu beraten.

TOP 7. LKW-Führungsnetz

Zum LKW-Führungsnetz trug Herr **Ilgner** vor, dass der Flächennutzungsplan neu aufgestellt wird und dass dann auch mit einer Änderung des LKW-Führungsnetzes gerechnet wird. Im jetzigen LKW-Führungsnetz sind für Borgfeld die Borgfelder Heerstraße und die Allee aufgeführt. Die Bereiche des GVZ und Mercedes-Benz sind für Borgfeld nur von untergeordneter Bedeutung.

Frau **Piontkowski** erklärte dazu, dass deshalb eine Herausnahme für den Borgfelder Bereich nicht erforderlich erscheint.

Herr **Dirk Kothe** trug vor, dass er schon mehrere Anträge zum LKW-Führungsnetz eingebracht habe, die aber bis jetzt nicht berücksichtigt worden sind. Selbst auf sein Schreiben an Senator Loske erhielt er keine Antwort. So wies er darauf hin, dass bei einer Sperrung der A 1 bei Stuckenborstel die Umleitung über Lilienthal – Borgfeld – Autobahnzubringer Horn-Lehe ausgeschildert wäre, dies sollte verhindert werden. Dabei wäre es wichtig, dass die Gewerbegebiete so ausgeschildert werden, damit der LKW-Verkehr gleich anders geführt werden könnte.

Der Beirat schlug vor, den Antrag der SPD-Fraktion an den Ausschuss zu verweisen und dort erneut zu behandeln.

Dem Vorschlag wurde einstimmig zugestimmt.

TOP 8.a: Fortführung von Verkehrsberuhigungsmaßnahmen Bgmst.-Kaisen-Allee

Zu den geforderten Verkehrsberuhigungsmaßnahmen in der Bgmst.-Kaisen-Allee trug Herr **Neumann-Mahlkau** vor, dass das ASV keine Möglichkeit sehe, dort Maßnahmen durchzuführen. Wie von der Initiative mitgeteilt worden ist, habe sie sich mit der BSAG in Verbindung gesetzt und über mögliche Änderungen gesprochen, wobei die BSAG signalisiert habe, dass es dann keine Schwierigkeiten mit dem Busverkehr geben würde, wenn die Einengungen nicht die Fahrbahnseite in Busfahrtrichtungen wäre.

Herr **Ilgner** trug vor, dass nach der Vorlage des Antrages damals eine Begehung stattgefunden habe, und über beidseitige Maßnahmen gesprochen worden ist, diese aber lt. ASV nicht durchgeführt werden könnten, weil sonst Parkplätze entfernt werden müssten. Weil aber das ASV noch Schwierigkeiten bei einseitigen Einengungen Bedenken hat, sollte zunächst die Stellungnahme des Amtes abgewartet werden.

Herr **Neumann-Mahlkau** wies darauf hin, dass die gemessenen Geschwindigkeiten beweisen, dass nur zur zu 15% zu schnell gefahren wird und dies sich auch nicht durch Verkehrsberuhigungsmaßen ändern wird.

Herr Behrens teilte betreffend der Geschwindigkeit von Landwirten mit, dass die Trecker max. 40 km schnell fahren können. Durch ihre Größe und Fahrgeräusche werde die Geschwindigkeit deshalb falsch eingeschätzt. Außerdem sollte bei der Forderung von Verkehrseinengungen bedacht werden, dass die Landwirte dann Schwierigkeiten haben, wenn sie mit Hänger fahren.

Herr **Lücken** erklärte, dass ihm bekannt sei, dass der BSAG ein Gutachten vorliegt, aus dem hervorgeht, dass Maßnahmen nicht möglich sind, weil bei einseitigen Einengungen die Verkehrsteilnehmer anders fahren. Das beste Beispiel gäbe es auf dem Lehester Deich in Höhe der Hans-Wendt-Stiftung.

Bei der dortigen Einengung käme es täglich zu Fast-Unfällen, weil jeder Verkehrsteilnehmer der Schnellste sein will, um dort hindurch zu fahren.

Ein Bürger aus dem Hamfhofsweg trug vor, dass auch am Hamfhofsweg zu schnell gefahren werde und auch dort Maßnahmen erforderlich wären. Nur die Aufstellung von Schildern brächte überhaupt nichts.

Herr **Dr. Linke** trug vor, dass es heute so wäre, dass die Anwohner in der Bgmst.-Kaisen-Allee ihre Fahrzeuge in Richtung Stadt an der Straße abstellen und deshalb andere Fahrzeuge ausweichen müssen.

Herr **Ilgner** vertrat die Auffassung, dass sich die CDU-Fraktion vor der Antragsvorbereitung zunächst mit dem ASV hätte in Verbindung setzen müssen, um die geforderten Maßnahmen prüfen zu lassen. Denn schließlich müsse das ASV auch die Maßnahmen anordnen.

Herr **Lücken** wies darauf hin, dass nicht nur diese Anwohner betroffen sind, sondern auch die, die in dem Bereich wohnen, wo im Kurvenbereich in Richtung Upper Borg gepflastert ist. Die Initiative fordere schon seit langer Zeit, dass diese Pflasterung wieder entfernt und mit einer Teerdecke versehen wird.

Herr **Vahlenkamp** als Vertreter der Verkehrsinitiative wies darauf hin, dass dem Beirat schon im Frühjahr dieses Jahres Fotos vorgelegt worden seien, wo und welche Maßnahmen vorgeschlagen werden. Diese wurden auch mit dem ASV besprochen.

Frau **Piontkowski** schlug vor, zunächst die Stellungnahme des ASV abzuwarten und deshalb jetzt nicht vorab weitere irgendwelche Maßnahmen zu beschließen.

Der Antrag wurde mehrheitlich abgelehnt.

TOP 8 b: Alter Kirchweg

Herr Ilgner trug seinen Antrag der SPD-Fraktion zur Öffnung des alten Kirchweges vor.

Frau **Piontkowski** erklärte für die CDU-Fraktion, dass es schön wäre, wenn dieser Weg von den Eigentümern wieder geöffnet würde.

Herr **Neumann-Mahlkau** berichtete, dass wie vom ASV mitgeteilt worden ist, auf das gesetzliche Vorkaufsrecht damals verzichtet worden ist, weil kein Bedarf vorlag und das Miteigentumsrecht hätte mit angekauft werden müssen. Lt. Vermerk des ASV habe der Eigentümer das Recht, dort zu bauen. Inzwischen habe er mit einem der Miteigentümer gesprochen und dabei wurde ihm signalisiert, dass die anderen Miteigentümer bereit wären, bei einer Zusammenkunft am runden Tisch über die künftige Nutzung zu sprechen.

Herr **Finke**, als Eigentümer eines Grundstückes beim Schöpfwerk erklärte, dass er die Wegeverbindung des alten Kirchweges über sein Grundstück für Fußgänger immer offen gehalten habe und für die jetzige Schließung kein Verständnis habe. Er wäre aber bereit, sich an dem Gespräch zu beteiligen.

Herr **Ilgner** schlägt vor, dass Herr Finke wie auch ein Eigentümer aus der Johann-Rode-Straße (Herr Garling) an diesem Gespräch teilnehmen sollten, damit bis zur nächsten Sitzung ein Ergebnis vorgelegt werden kann.

In der weiteren Diskussion wurde u.a. vorgebracht, dass die Anwohner von der Johann-Rode-Straße von dieser Maßnahme ebenso überrascht worden sind. Denn eigentlich wollte der neue Eigentümer sein Grundstück von der Johann-Rode-Straße aus erschließen.

Herr **Ilgner** vertrat mit seinem Antrag die Auffassung, dass alle Betroffenen an diesem Gespräch beteiligt werden.

Herr **Ilgner** zog seinen Antrag zurück, um diesen in der nächsten Sitzung erneut zu behandeln.

TOP 9: Mitteilungen

1) SPD-Fraktion: Sachstand zum Bau der Recycling-Station am Hamfhofsweg.

Herr **Neumann-Mahlkau** trug vor, dass nach dem neuesten Sachstand es so sei, dass das Grundstück noch nicht angekauft und die Grundstücksverhandlungen noch nicht abgeschlossen werden konnten.

2) Ausbau am Großen Dinge.

Herr **Neumann-Mahlkau** trug vor, dass es zum Ausbau der Straße Am Großen Dinge ab dem Jan-Reiners-Wanderweges noch keine Unterlagen gäbe. Die Flächen in diesem Bereich sind noch immer im Eigentum der Mitglieder der Teilungsinteressenten „Borgfelder Kuhweide“. Die Stadt wäre bis jetzt auch noch nicht bereit gewesen, diese Straßenflächen anzukaufen, obwohl die Mitglieder verkaufsbereit wären. Der Bausenator wurde schon des öfteren gebeten, die erforderlichen Flächen anzukaufen, weil der Sportplatz des SC Borgfeld nur über diese Straße erreicht werden kann.

Herr **Schilling** als Vorsitzender der Teilungsinteressenten berichtete, dass er mit der GWB gesprochen habe um zu erfahren, welche Möglichkeiten es gäbe, wenn dieser Bereich einer Wohnbebauung zugeführt werden könnte. Ihm wurde zugesagt, dass zunächst eine Bestandsaufnahme dieses Bereiches erforderlich ist, um zu prüfen, welches Bauvolumen erforderlich wäre, um eine Realisierung durchführen zu können. Sobald Pläne oder weitere Unterlagen vorliegen, soll in einer Bauausschusssitzung darüber beraten werden. Anwohner des Hamfhofsweg sollen dann an dieser Sitzung teilnehmen können.

3) 775-jahr-Feier Borgfeld

Frau **Piontkowski** wies darauf hin, dass am 1. Wochenende im Juni 2010 Borgfeld seine 775-Jahr-Feier begeht und dass verschiedene Veranstaltungen vorgesehen sind.

4) Beiratsfahrradtour.

Die vom Beirat jährlich durchgeführte Fahrradtour am 30. Sept. stattfindet und jeder Bürger daran teilnehmen könnte.

Keine weiteren Mitteilungen.

Herr **Neumann-Mahlkau** schloss die Sitzung um 22.40 Uhr.



Der Schriftführer:



Die Beiratssprecherin:



Der Vorsitzende: